

Alt Sitzung

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1994

Einzelplan 01 - Landtag
- Drucksachen 11/5900 und 11/6322 -

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

VORLAGE
11/2602

Bericht über das Ergebnis der Beratungen
des Hauptausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Lothar Hegemann CDU

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 01 - Landtag - wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Einzelplan 01 - Landtag - wurde in den Sitzungen des Hauptausschusses am 30. September, 28. Oktober und 4. November 1993 beraten. In die Beratungen des Ausschusses wurde eine Vorlage "Allgemeine Ausführungen zum Haushaltsentwurf 1994", vorgelegt mit Schreiben vom 17. September 1993, mit einbezogen.

Bei den Beratungen berücksichtigt wurde darüber hinaus ein Aufgabenkatalog mit einer Ist-Aufnahme der Aufgaben der Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen, Stand Oktober 1993.

Der Hauptausschuß hatte in seiner Sitzung am 23. September 1993 eine solche Ist-Aufnahme als Grundlage seiner Entscheidung darüber, ob die Prüfung zur Steigerung der Effizienz der Landtagsverwaltung durch einen externen Gutachter erfolgen soll, erbeten.

Nicht zur Abstimmung gestellt wurden die in der Alternativvorlage der Präsidentin (Vorlage 11/2381) enthaltenen personellen Veränderungen. Die Fraktionen waren übereinstimmend der Meinung, dem Unterausschuß "Personal" des Haushalt- und Finanzausschusses die Entscheidung über die Hebung einer Stelle der Besoldungsgruppe B 4 nach B 6 und über die Ausbringung von kw-Vermerken bei Stellen des Reinigungsdienstes zu überlassen.

B Zu den einzelnen Änderungsanträgen

Zu Antrag Ifd. Nr. 3:

Einig waren sich die Fraktionen darin, daß für die Mitglieder bzw. Stellvertreter im Ausschuß der Regionen Europas bzw. der Versammlung der Regionen Europas Reisemittel zur Verfügung gestellt werden müssen, damit sie dort ihre Aufgaben in den Versammlungen sowie in den verschiedenen Ausschüssen wahrnehmen können. Es ist das Anliegen aller Fraktionen gewesen, daß auch der Landtag in diesen Gremien vertreten ist. Die Fraktionen gehen davon aus, daß durch den Ansatz die entstehenden Reisekosten insgesamt abgedeckt sind. Eine weitere Kürzung des Titels 411 12 - Reisekosten - halten die Fraktionen nicht für vertretbar.

Die Fraktionen möchten durch Haushaltsvermerk sichergestellt wissen, daß in Titelgruppe 70 Titel 411 70 nicht verbrauchte Reisekosten den Ansatz bei Titel 411 12 erhöhen.

Zu Antrag Ifd. Nr. 6:

Die antragstellende Fraktion war der Meinung, auch der Landtag müsse bei eigenen Veranstaltungen einen Beitrag zum allgemeinen Sparen leisten und ein Signal setzen. Seitens der Präsidentin wurde darauf hingewiesen, daß der Ansatz des Vorjahres bereits durch einstimmigen Beschuß des Präsidiums um 100 000 DM gekürzt wurde und eine weitere Kürzung Veranstaltungen wie "Kinder im Parlament" in ihrer Durchführung gefährden könnte.

Zu den Anträgen Ifd. Nrn. 7 und 8:

Die Fraktionen von SPD und CDU waren sich in ihrer Zielrichtung einig, die Mittel für die Zuschüsse an die Fraktionen gegenüber dem Vorjahr nicht zu erhöhen, sondern auf den Stand des Haushaltsjahres '93 zu "deckeln". Beide Fraktionen gehen davon aus, daß die Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht verletzt und die Leistungen an diese nicht eingeschränkt werden müssen. Innerhalb des Haushaltsvollzuges muß dafür gesorgt werden, daß die Mitarbeiter keine Benachteiligung gegenüber sonstigen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes erleiden.

Die Fraktion der F.D.P. sprach sich gegen eine Kürzung des Ansatzes der Zuschüsse an die Fraktionen aus. Insbesondere die kleinen Fraktionen - so auch die Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - würden durch einen solchen Kürzungsantrag deshalb erheblich benachteiligt, weil bei ihnen im Vergleich zu den anderen Fraktionen ein relativ höherer Personalkostenanteil anfalle. Im übrigen zeuge ein Kürzungsantrag in dem Bereich auch von mangelndem Selbstbewußtsein der Politik, die sich in allen Bereichen bedauerlicherweise auf dem Rückzug befindet.

Durch die Abstimmung über den Antrag Ifd. Nr. 7 erledigte sich zugleich die Abstimmung über den Antrag Ifd. Nr. 8.

Zu Antrag Ifd. Nr. 11:

Unstreitig war zwischen den Fraktionen die Notwendigkeit der Dokumentation der Geschichte der Fraktionen, unterschiedlicher Auffassung war man dagegen hinsichtlich Umfang, Art und Zeit der Dokumentation. Eine Quellsicherung, so die CDU-Fraktion, müsse selbstverständlich erfolgen, eine zeitgeschichtliche Forschung sei allerdings erst aus größerer zeitlicher Distanz sinnvoll.

Die antragstellende SPD-Fraktion möchte durch die Erhöhung des Ansatzes sicherstellen, daß zum jetzigen Zeitpunkt Zeitzeugen befragt werden können und keine Erkenntnisse verlorengehen. Gerade aktuelle Beispiele zeigen, daß es zur wissenschaftlichen Aufarbeitung eines Themas nicht unbedingt des zeitlichen Abstandes bedarf und es trotz fehlender Distanz durchaus möglich ist, ein objektives Bild zu zeichnen.

Die SPD-Fraktion geht davon aus, daß bis 1996 die Arbeiten abgeschlossen sein werden.

C Gesamtabstimmung

In der Abstimmungssitzung am 25. November 1993 wurde der Entwurf des Einzelplans 01 - Landtag - mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den sich aus der Anlage ergebenden Änderungen angenommen.

Lothar Hegemann
Stellv. Vorsitzender

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Hauptausschuß**
zum Einzelplan 01

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis								
1	CDU	<p>Kapitel 01 010 - Landtag</p> <p>Titel 4 11 10 - Entschädigungen und Übergangsgelder nach den §§ 5 und 11 AbgG NW</p> <p>Der Ansatz wird gekürzt.</p> <p>Begründung:</p> <p>Angesichts der allgemeinen Haushaltsslage des Landes Nordrhein-Westfalen sollte der Landtag auf eine Anhebung der Entschädigungen und Übergangsgelder verzichten.</p>	<p>abgelehnt</p> <table> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>CDU</td><td>ja</td></tr> <tr><td>F.D.P.</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	F.D.P.	nein	GRÜNE	ja
SPD	nein										
CDU	ja										
F.D.P.	nein										
GRÜNE	ja										
2	CDU	<p>Titel 4 11 11 - Aufwandsentschädigung nach § 6 Abs. 2 und 5, § 7 Abs. 6 sowie § 8 AbgG NW</p> <p>Der Ansatz wird gekürzt.</p> <p>Begründung:</p> <p>Angesichts der allgemeinen Haushaltsslage des Landes Nordrhein-Westfalen sollte der Landtag auf eine Anhebung der Aufwandsentschädigung verzichten.</p>	<p>abgelehnt</p> <table> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>CDU</td><td>ja</td></tr> <tr><td>F.D.P.</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	F.D.P.	nein	GRÜNE	ja
SPD	nein										
CDU	ja										
F.D.P.	nein										
GRÜNE	ja										

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Faktionen)		Antrag (evd. Begründung)	Abstimmungsergebnis			
3	SPD		<p>Titel 411 12 - Reisekosten nach § 10 AbgG NW</p> <table> <tr> <td>a) Der Ansatz wird auf</td> <td>von um auf</td> <td>950 000 DM 30 000 DM 920 000 DM</td> </tr> </table> <p>gekürzt.</p> <p>b) Der Haushaltsvermerk erhält folgende Fassung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) "<u>Im Falle der genehmigten Benutzung eines Kraftwagens beträgt die Kilometerentschädigung nach § 10 Abs. 3 AbgG NW 0,52 DM je km.</u>" 2.) Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 411 70 überschritten werden. <p>c) Die Erläuterungen erhalten folgende Fassung:</p> <ul style="list-style-type: none"> "Veranschlagt für In- und Auslandsreisen der Ausschüsse - In- und Auslandsreisen der Abgeordneten - Fahrkosten der Mitglieder des Petitionsausschusses - Sonstige Reisekosten." <p>Begründung:</p> <p>zu a) Deckung für Titel 411 70 (neu) "Reisekosten aus Anlaß der Mitgliedschaft/Stellenvertretung im 'Ausschuß der Regionen Europas' und der 'Versammlung der Regionen Europas'".</p> <p>zu b) und c) Es soll künftig klarer zum Ausdruck kommen, daß Titel 411 12 nicht nur Kilometerentschädigungen vorbehalt ist, sondern auch für In- und Auslandsreisen der Abgeordneten und der Ausschüsse und sonstige Reisekosten genutzt werden kann.</p>	a) Der Ansatz wird auf	von um auf	950 000 DM 30 000 DM 920 000 DM	angenommen - einstimmig -
a) Der Ansatz wird auf	von um auf	950 000 DM 30 000 DM 920 000 DM					

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis									
4	SPD CDU F.D.P. GRÜNE	<p>Titel 411 18 - Freifahrtberechtigung nach § 9 AbgG NW</p> <p>Der Ansatz wird erhöht.</p> <p>Begründung:</p> <p>Im Vorratschlag 1994 wurde bei dieser Haushaltsstelle ein Null-Ansatz ausgewiesen, da die gemeinsam von den Parlamentsverwaltungen geführten Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn über die Höhe der Erstattungsbeträge zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch nicht abgeschlossen waren. Zwischenzeitlich konnte in dieser Frage eine Einigung erzielt werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat danach für 1994 einen Betrag von 265 000 DM zu zahlen.</p>	<p>angenommen - einstimmig -</p> <table> <tr> <td>von</td> <td>0</td> <td>DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>265 000</td> <td>DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>265 000</td> <td>DM</td> </tr> </table>	von	0	DM	um	265 000	DM	auf	265 000	DM
von	0	DM										
um	265 000	DM										
auf	265 000	DM										
5	SPD CDU F.D.P. GRÜNE	<p>Titel 526 10 - Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten</p> <p>Der Ansatz wird erhöht.</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Ansatz wird mit folgendem Sperrvermerk versehen: Die Mittel sind in Höhe von 450 000 DM gesperrt. Sie dürfen nur mit Einwilligung des Hauptausschusses und des Haushalte- und Finanzausschusses in Anspruch genommen werden.</p>	<p>angenommen - einstimmig -</p> <table> <tr> <td>von</td> <td>320 000</td> <td>DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>450 000</td> <td>DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>770 000</td> <td>DM</td> </tr> </table>	von	320 000	DM	um	450 000	DM	auf	770 000	DM
von	320 000	DM										
um	450 000	DM										
auf	770 000	DM										

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	CDU	<p>Titel 541 40 - Für besondere Veranstaltungen des Landtages</p> <p>Der Ansatz wird gekürzt.</p> <p>Begründung:</p> <p>Besondere Veranstaltungen des Landtags dienen auch der Öffentlichkeitsarbeit. Da die Mittel für diesen Bereich aufgestockt worden sind, sind Einsparungen bei den besonderen Veranstaltungen möglich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU F.D.P. GRÜNE</p> <p>nein ja nein nein</p>
7	SPD	<p>Titel 684 10 - Zuschüsse an die Fraktionen nach § 30 AbG NW</p> <p>a) Der Ansatz wird gekürzt.</p> <p>Begründung:</p> <p>Änderung des Fließtextes</p> <p>"Die Fraktionen erhalten monatlich einen Grundbetrag von je 93 852,00 DM und für jedes Mitglied einen Betrag von 2 591,00 DM. Oppositionsfaktionen erhalten auf den monatlichen Grundbetrag einen Zuschlag von 25 vom Hundert."</p> <p>Begründung:</p> <p>Beitrag der Fraktionen zu den Sparmaßnahmen der Landesregierung.</p> <p>Es werden</p> <ul style="list-style-type: none"> - 10 000 DM als Deckung für Titel 546 70 - Europaangelegenheiten - - 80 000 DM als Deckung für Titel 684 40 012 - Zuschuß für die Forschungsarbeit der Stiftungen - verwendet. 	<p>angenommen</p> <p>SPD CDU F.D.P. GRÜNE</p> <p>ja ja nein Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Erledigt durch Antrag lfd. Nr. 7.
8	CDU	<p>Titel 684 10 - Zuschüsse an die Fraktionen nach § 30 AbG NW</p> <p>Der Ansatz wird von um auf 13 897 000 DM 384 400 DM 13 512 600 DM gekürzt.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die differenzierte Null-Runde mit sozialer Komponente im öffentlichen Dienst sollte auch auf die Fraktionszuschüsse durchschlagen. Außerdem der sich zwingend aus dem Haushalt ergebenden Steigerung - Ersatzleistung für eine wegfallende Stelle des Funktionsdienstes beim Titel 425 10, deren Stelleninhaber bisher zur Diensteinteilung bei der CDU-Fraktion abgestellt war - kann die Zuschußerhöhung daher entfallen.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis								
9	SPD CDU F.D.P.	<p>Titel 684 20 - Abschlagzahlungen und Erstattungsbeträge nach dem Wahlkampfkostengesetz</p> <p>Der Ansatz wird erhöht.</p> <p>Der Deutsche Bundestag hat in seiner 190. Sitzung am Freitag, dem 12. November 1993 in zweiter und dritter Lesung den interfraktionellen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze verabschiedet. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrates sind danach durch das Land Nordrhein-Westfalen im Jahre 1994 insgesamt</p> <p style="text-align: right;">23 081 669,25 DM</p> <p>an die Parteien auszuzahlen.</p> <p>Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen:</p> <p>(1) Zahlung aufgrund der Neuregelung ab 01.01.1994</p> <p>Danach erhalten die Landesverbände der Parteien für die bei der letzten Landtagswahl erzielten gültigen Stimmen jährlich 1.00 DM je Stimme (§ 19 Abs. 8 Parteieng.). Die Berechnung und Festsetzung erfolgt verbindlich durch die Bundestagsverwaltung, die Auszahlung wird vom Landtag Nordrhein-Westfalen vorgenommen (§ 21 Abs. 1 Parteieng.).</p> <p>Der Direktor des Deutschen Bundestages hat den für 1994 auf Nordrhein-Westfalen entfallenden Betrag vorläufig mit</p> <p style="text-align: right;">9 230 915,00 DM berechnet.</p>	<p>angenommen</p> <table> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	F.D.P.	ja	GRÜNE	Enth.
SPD	ja										
CDU	ja										
F.D.P.	ja										
GRÜNE	Enth.										

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Faktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>(2) Abschlußzahlung zur Beendigung des bisherigen Erstattungsverfahrens</p> <p>Die Abschlußzahlung beläuft sich auf 20 % je vollem Jahr der laufenden Wahlperiode bis zum 31.12.1993, das sind 60 % des für die Landtagswahl am 13.05.1990 festgesetzten Erstattungsbetrages; hiervon werden bereits geleistete Abschlagszahlungen in Abzug gebracht (§ 39 Abs. 1 Nr. 1 Parteieng.).</p> <p>Auch hier erfolgen Berechnung und Festsetzung durch die Bundestagsverwaltung, die Auszahlung durch den Landtag (§ 39 Abs. 1 Nr. 8 i.V.m. § 21 Abs. 1 Parteieng.).</p> <p>Der Direktor des Deutschen Bundestages hat den für Abschlußzahlungen in 1994 auf Nordrhein-Westfalen entfallenden Betrag vorläufig mit 13 850 754,25 DM berechnet.</p> <p>Bisher waren im Entwurf des Haushaltsplans 1994 9 777 100,00 DM veranschlagt, so daß ein zusätzlicher Mittelbedarf von 13 304 569,25 DM entstanden ist.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
10	GRÜNE	<p>Titel 684 30 - Zuwendungen an kommunalpolitische Vereinigungen zur Heranbildung und Weiterbildung von Bürgern für die Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung</p> <p>Der Ansatz wird von um auf erhöht.</p> <p>3 525 000 DM 150 000 DM 3 675 000 DM</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis								
11	SPD	<p>Titel 684 40 - Zuschuß für die Forschungsarbeit der bei Kapitel 02 050 Titel 684 10 genannten Stiftungen</p> <p>a) Der Ansatz wird um auf erhöht.</p> <p>b) Es werden Verpflichtungsermächtigungen eingestellt</p> <ul style="list-style-type: none"> - für 1995 - für 1996 <p>Begründung:</p> <p>Die Forschungsarbeit über die Geschichte der Fraktionen, die bisher nur den Zeitraum von 1946 bis 1966 umfaßt, soll bis zum aktuellen Datum fortgeführt werden. Deckung ergibt sich aus der Kürzung bei Titel 684 10.</p>	<p>angenommen</p> <table> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> </table> <p>240 000 DM 80 000 DM 320 000 DM</p>	SPD	ja	CDU	nein	F.D.P.	ja	GRÜNE	ja
SPD	ja										
CDU	nein										
F.D.P.	ja										
GRÜNE	ja										

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (vrd. Begründung)	Abstimmungsergebnis																						
12	SPD CDU F.D.P. GRÜNE	<p>Titelgruppe 60 - Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse</p> <p>Die Haushaltstellen der Titelgruppe werden wie folgt dotiert:</p> <table> <tbody> <tr> <td>Titel 422 60 - Bezüge der Beamten und Richter</td> <td>322 500 DM</td> </tr> <tr> <td>Titel 425 60 - Bezüge der Angestellten</td> <td>78 000 DM</td> </tr> <tr> <td>Titel 427 60 - Vergütungen für Aushilfen</td> <td>- DM</td> </tr> <tr> <td>Titel 511 60 - Geschäftsbedarf</td> <td>- DM</td> </tr> <tr> <td>Titel 512 60 - Herstellung von Drucksachen</td> <td>- DM</td> </tr> <tr> <td>Titel 513 60 - Post- und Fernmeldegebühren</td> <td>- DM</td> </tr> <tr> <td>Titel 515 60 - Geräte, Ausstattungsgegenstände</td> <td>- DM</td> </tr> <tr> <td>Titel 526 60 - Kosten für Sachverständige</td> <td>- DM</td> </tr> <tr> <td>Titel 546 60 - Vermischte Ausgaben</td> <td>150 000 DM</td> </tr> <tr> <td>Titel 684 60 - Zuschüsse an die Fraktionen</td> <td>880 000 DM</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td>1 430 500 DM</td> </tr> </tbody> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Haushaltsentwurf 1994 enthält Null-Ansätze, da bei der Aufstellung des Entwurfs noch nicht absehbar war, ob der parlamentarische Untersuchungsausschuss I seine Arbeit auch 1994 fortführen würde. Nachdem sich der Untersuchungsausschuss am 2. November 1993 dafür ausgesprochen hat, für 1994 vorsorglich einen <u>Jahresbedarf zu veranschlagen, sind entsprechende Mittel auszuweisen.</u></p>	Titel 422 60 - Bezüge der Beamten und Richter	322 500 DM	Titel 425 60 - Bezüge der Angestellten	78 000 DM	Titel 427 60 - Vergütungen für Aushilfen	- DM	Titel 511 60 - Geschäftsbedarf	- DM	Titel 512 60 - Herstellung von Drucksachen	- DM	Titel 513 60 - Post- und Fernmeldegebühren	- DM	Titel 515 60 - Geräte, Ausstattungsgegenstände	- DM	Titel 526 60 - Kosten für Sachverständige	- DM	Titel 546 60 - Vermischte Ausgaben	150 000 DM	Titel 684 60 - Zuschüsse an die Fraktionen	880 000 DM	Gesamt	1 430 500 DM	<p>angenommen</p> <p>- einstimmig -</p>
Titel 422 60 - Bezüge der Beamten und Richter	322 500 DM																								
Titel 425 60 - Bezüge der Angestellten	78 000 DM																								
Titel 427 60 - Vergütungen für Aushilfen	- DM																								
Titel 511 60 - Geschäftsbedarf	- DM																								
Titel 512 60 - Herstellung von Drucksachen	- DM																								
Titel 513 60 - Post- und Fernmeldegebühren	- DM																								
Titel 515 60 - Geräte, Ausstattungsgegenstände	- DM																								
Titel 526 60 - Kosten für Sachverständige	- DM																								
Titel 546 60 - Vermischte Ausgaben	150 000 DM																								
Titel 684 60 - Zuschüsse an die Fraktionen	880 000 DM																								
Gesamt	1 430 500 DM																								

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Bei dem Vorschlag für die Dotierung des Titels 684 60 wird davon ausgegangen, daß die Fraktionen die Abrechnung für das 2. Halbjahr 1993 weitestgehend noch im Dezember 1993 vornehmen. Andernfalls wäre 1994 ein zusätzlicher Betrag von 280 000 DM notwendig.</p> <p>Nachdem der Landtag in seiner Sitzung am 11. November 1993 einen zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschluß eingesetzt hat, sind die Ansätze der Titelgruppe 60 entsprechend anzupassen. Der Mittelbedarf für die Titelgruppe 60, der in der Sitzung am 4. November 1993 in einer Tischvorlage mit 837 000 DM für den PUA I beziffert worden war, erhöht sich demnach um 593 500 DM auf insgesamt 1 430 500 DM.</p> <p>Eine detaillierte Aufschlüsselung der Beträge ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht.</p>	

Haushaltsstelle Titel	Bedarf für PUA I in DM	Bedarf für PUA II in DM	Gesamtbedarf Titelgruppe 60 in DM
422 60	215 000	107 500	322 500
425 60	52 000	26 000	78 000
427 60	-	-	-
511 60	-	-	-
512 60	-	-	-
513 60	-	-	-
515 60	-	-	-
526 60	-	-	-
546 60	50 000	100 000	150 000
684 60	520 000	360 000	880 000
Titelgruppe 60	837 000	593 500	1 430 500

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Die Teilansätze von 50 000 DM bzw. 100 000 DM bei Titel 546 60 ermöglichen bei Bedarf die Verstärkung der nicht dotierten Haushalte im Rahmen der Deckungsfähigkeit sowie die Buchung unvorhergesehener Ausgaben.</p> <p>Die Einrichtung des zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses macht voraussichtlich die Anmietung von Büros außerhalb des Landtagsgebäudes notwendig. Eine Prüfung, ob und ggf. welche Organisationseinheiten in anderen Gebäuden untergebracht werden können und welche Kosten hierdurch entstehen, ist noch nicht abgeschlossen.</p> <p>Entsprechende Mittel sind unter Umständen im weiteren Beratungsverfahren in den Haushalt einzustellen.</p>	<p align="center">angenommen</p> <p align="center">- einstimmig -</p>
13	SPD	<p>Neueinrichtung einer Titelgruppe Europaangelegenheiten</p> <p>Titelgruppe 70 - Europaangelegenheiten</p> <p>411 70 Reisekosten aus Anlaß der Mitgliedschaft/Stellvertretung im "Ausschuß der Regionen Europas" und der "Versammlung der Regionen Europas" 30 000 DM</p> <p><i>HH-Vermerk: Siehe Deckungsvermerk bei Titel 411 12</i></p> <p>546 70 Vermische Ausgaben 10 000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Titelgruppe wird eingerichtet für Aufwendungen, die aus Anlaß der Mitgliedschaft/Stellvertretung von Landtagsmitgliedern im Ausschuß der Regionen Europas und der Versammlung der Regionen Europas entstehen. (Deckung siehe bei Titel 684 10)</p>	

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

5/1
Vorlage an den
Haushalt- und
Finanzausschuß des Landtags
Anlage zu Vorlage 11/2602

Änderungen im Entwurf des Haushaltspans 1994
Einzelplan 01: Landtag

Anlage: Änderungen in den Haushaltssansätzen

Einzelplan 01: Landtag
Anlage: Änderungen in den Haushaltssätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
01 010 Landtag				
411 12 Reisekosten nach § 10 AbgG NW		950.000	- 30.000	920.000
	Der Haushalt vermerkt erhält folgende Fassung:			
	<u>1. Im Falle der genehmigten Benutzung eines Kraftwagens beträgt die Kilometerentschädigung nach § 10 Abs. 3 AbgG NW 0,52 DM je km.</u>			
	<u>2. Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 411 70 überschritten werden.</u>			
	Die Erläuterungen erhalten folgende Fassung: <u>Veranschlagt für</u>			
	<u>- In- und Auslandsreisen der Ausschüsse</u>			
	<u>- In- und Auslandsreisen der Abgeordneten</u>			
	<u>- Fahrtkosten der Mitglieder des Petitionsausschusses</u>			
	<u>- Sonstige Reisekosten</u>			
411 18	Freifahrtberechtigung nach § 9 AbgG NW		+ 265.000	265.000
526 10	Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	320.000	+ 450.000	770.000

2

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
684 10	<p>noch Kapitel 01 010 - Landtag -</p> <p>Zuschüsse an die Fraktionen nach § 30 AbG NW</p> <p>Der Haushaltsvermerk erhält folgende Fassung:</p> <p>Die Fraktionen erhalten monatlich einen Grundbetrag von je <u>93.852,00</u> DM und für jedes Mitglied einen Betrag von <u>2.591,00</u> DM. Oppositionsfaktionen erhalten auf den monatlichen Grundbetrag einen Zuschlag von 25 vom Hundert.</p>	13.897.000	- 384.400	13.512.600
684 20	Abschlagszahlungen und Erstattungsbeträge nach dem Wahlkampfkostengesetz	9.777.100	+ 13.304.900	23.082.000
684 40	Zuschuß für die Forschungsarbeit der bei Kapitel 02 050 Titel 684 10 genannten Stiftungen <u>Verpflichtungsermächtigung: 200.000 DM</u> (früher 1995: 120.000 DM, 1996 80.000 DM)	240.000	+ 80.000	320.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	noch Kapitel 01 010 - Landtag -			
	 Titelgruppe 60 - Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse -			
422 60	Bezüge der Beamten und Richter	-	+ 322.500	322.500
425 60	Bezüge der Angestellten	-	+ 78.000	78.000
546 60	Vermischte Ausgaben	-	+ 150.000	150.000
684 60	Zuschüsse an die Fraktionen nach § 30 AbgG NW	-	+ 880.000	880.000
	 Titelgruppe 70 - Europaangelegenheiten -			
	 Reisekosten aus Anlaß der Mitgliedschaft/Stell- vertretung im "Ausschuß der Regionen Europas" und der "Versammlung der Regionen Europas"	-	+ 30.000	30.000
	 Haushaltsvermerk: Siehe Deckungsvermerk bei Titel 411 12			
411 70	 Vermischte Ausgaben	-	+ 10.000	10.000
546 70				

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	<p>noch Kapitel 01 010 - Landtag -</p> <p>Abschluß Einzelplan 01:</p> <p>Einnahmen:</p> <p>Ausgaben:</p> <p>Verpflichtungsermächtigungen:</p>	<p>2.824.000</p> <p>150.016.300</p> <p>2.100.000</p>	<p>2.824.000</p> <p>+ 15.156.000</p> <p>+ 200.000</p>	<p>165.172.300</p> <p>2.300.000</p>